
Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 28.02.2024

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:33 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister und Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, Dr. Robert Reck, begrüßt die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste zur Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 9.3. wird seitens der Stadtverwaltung von der Tagesordnung genommen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung, nachdem Wortmeldungen nicht erfolgten.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, sowie **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, erscheinen zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 8 anwesende stimmberechtigte Mitglieder.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

3 Genehmigung der Niederschrift vom 17.01.2024

Der Ausschussvorsitzende bringt die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 17.01.2024 zur Abstimmung. Wortmeldungen werden nicht erhoben.

Herr Fricke, Fraktion SPD, erscheint zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 9 anwesende stimmberechtigte Mitglieder.

Abstimmungsergebnis: 08:00:01

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus den Sitzungen des Haupt- und Personalausschusses vom 29.11.2023 und vom 17.01.2024 bekannt:

1. 29.11.2023

Grundstücksangelegenheit

Verkauf eines Grundstückes im Gewerbegebiet Dessau-Mitte - Änderung Käufer

Unternehmensangelegenheiten

Zuführung zu den anderen Gewinnrücklagen bei der DVV

Unternehmensangelegenheiten

Zielvereinbarung 2024 mit dem Geschäftsführer der Dessauer Wohnungsbau-gesellschaft mbH (DWG)

Unternehmensangelegenheiten

Zielvereinbarung 2024 mit dem Geschäftsführer der Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH

Personalentscheidung

erfolgreiche Absolvierung der Führung auf Probe i. V. m. der dauerhaften Be- setzung der Stelle Leiterin des Amtes für öffentliche Sicherheit und Ordnung

2. 17.01.2024

Verleihung des Sachsenbergpreises 2023

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbür- germeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eil- entscheidungen vorliegen.

6 Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen werden zu diesem Tagesordnungspunkt nicht erhoben. Schriftliche Anfragen wurden nicht eingereicht.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Mrosek, Fraktion AfD, berichtet von einem Gespräch mit einem siebenfachen Familienvater. Bei dem Erwerb von Eintrittskarten in öffentliche Einrichtungen besteht das Problem, dass die Familienkarte lediglich zwei Erwachsene und zwei Kinder beinhaltet. In der Stadt gibt es jedoch auch Familien, die mehr als zwei Kinder haben. Herr Stadtrat Mrosek regt eine Änderung der Familienkarten an.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, bedankt sich für den Hinweis und sichert eine schriftliche Beantwortung zu. Sie informiert, dass im Amt für Soziales und Integration die Anzahl der Kinder in die Familienermäßigungskarten eingetragen werden.

Herr Kellner, Fraktion CDU, weist darauf hin, dass diese Problematik nicht nur Familien mit einem Sozialpass betrifft. Die meisten Familieneintrittskarten umfassen nur zwei Erwachsene und zwei Kinder.

Ferner thematisiert er einen Zeitungsartikel der Mitteldeutschen Zeitung. Dort war zu entnehmen, dass in der Brauerei ein neuer Verein ansässig wird. Er möchte einerseits erfahren, ob noch Forderungen gegenüber der Brauerei offen sind und andererseits möchte er über den aktuellen Stand informiert werden.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, erscheint zur Sitzung. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich auf 10 anwesende stimmberechtigte Mitglieder.

Die dritte Anfrage von **Herrn Stadtrat Kellner** thematisiert den ausgefallenen Betriebsausschuss des Eigenbetriebes der Kindertagesstätten Dessau-Roßlaus (DeKiTa). Herr Kellner möchte wissen, ob aus rechtlicher Sicht ein Mitarbeiter des Jugendamtes den Betriebsausschuss leiten darf. Die Vertretungsregelung sollte dementsprechend überarbeitet werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck sichert zu, dass sämtliche Familienleistungen dahingehend überprüft und nachjustiert werden sollen, um Familien mit mehr Kindern eine Ermäßigung zu ermöglichen. Des Weiteren erläutert er, dass die Stadtverwaltung lediglich ein Vereinsmitglied im Brauhausverein ist, der sich in Liquidation befindet. Seinem Kenntnisstand nach, sind keine Forderungen gegenüber dem Verein mehr offen, aber dies wird noch einmal geprüft.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, erklärt, dass laut eines Gerichtsbeschlusses der Verein nur noch die Aufgabe der Grundstückveräußerung besitzt. Ein Handeln, was das Grundstück angeht, ist dem Verein nicht mehr möglich. Auch mit der Neugründung eines Vereins, derselben Person, ist eine Verfügung über Grundstücke nicht möglich.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, informiert, dass die ausstehenden Verbindlichkeiten durch den Verein ausgeglichen wurden. In der nächsten Zeit wird die Fläche in der Brauerei durch eine Gesellschaft, namens Kulturgenossenschaft, genutzt.

Dies ist ein Verein, der die Veranstaltungsstätte mit unterschiedlichen Ausrichtungen betreiben wird. In der Vergangenheit wurden bereits schon vereinzelte Tests/Veranstaltungen mit jeweils rund 600 Besuchern erfolgreich durchgeführt. Herr Stadtrat Schönemann unterstützt diese positive Entwicklung.

Herr Stadtrat Weber begrüßt diese Initiative. Die derzeit handelnden Akteure haben aber kein Recht über das Gebäude zu verfügen.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, erscheint zur Sitzung.

Herr Fricke, Fraktion SPD, erläutert, dass der Verein sich derzeit in der Liquidation befindet. Das bedeutet, dass der Verein die laufenden Geschäfte abwickeln kann, aber die neuen Geschäfte sind dort nicht umfasst. Er weist darauf hin, dass die Stadtverwaltung ein einfaches Mitglied ist und somit auch die Möglichkeit besitzt, die Liquidatoren zu überwachen bzw. zur Berichterstattung zu verpflichten.

Herr Stadtrat Kellner wünscht sich, dass diese Thematik Bestandteil der nächsten Tagesordnung des Haupt- und Personalausschusses wird.

Herr Stadtrat Schönemann berichtet von weiteren Impulsen, das im Rahmen des Bauhausjubiläums eine Machbarkeitsstudie für ein Kunstdepot auf den Weg gebracht werden soll. Hierfür besteht ein großer Bedarf in der Stadt aufgrund zahlreicher ausgelagerter Objekte. Dieses Projekt ist durch die Stiftung Bauhaus begleitet und ausgewertet wurden. Herr Schönemann hält es für sinnvoll, die Instandsetzung sowie die Nutzung des Objektes voranzubringen.

Herr Stadtrat Fricke wünscht sich eine Auflistung des Bestandes der Dienstfahrzeuge der Stadt Dessau-Roßlau, beschränkt auf den Oberbürgermeister, die Beigeordneten und die Amtsleiter. Die Auflistung soll weiterhin Folgendes beinhalten:

- Typ,
- Art der Motorisierung,
- Leistung,
- Schadstoffausstoß,
- Sonderausstattung,
- Kaufpreis bzw. Listenpreis bei Leasing,
- Leasingkonditionen sowie die
- Vereinbarungen der jeweiligen Nutzer über die Privatnutzung.

Der Auslöser dieser Anfrage ist ein Foto des Leiters des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst (Amt 37) mit dem neuen Dienstwagen, welcher ein Listenpreis von ca. 90.000 bis 100.000 € haben soll. Herr Fricke möchte auch die Gründe zur Beschaffung des neuen Dienstwagens erfahren.

Ferner thematisiert **Herr Stadtrat Fricke** das Raumprogramm der Regenbogenschule. Er möchte die vorhandenen Unterlagen zur Verfügung gestellt bekommen, u. a. die umfangreiche Stellungnahme der Schulleitung sowie das von der Stadt beauf-

tragte Raumprogramm, welche große Diskrepanzen zu der alten Raumplanung aus der Machbarkeitsstudie aufweist. Er wünscht sich eine zeitnahe Miteinbeziehung der Vertretung, damit eine sorgfältige Vorbereitung gegeben ist.

Bezüglich der Fuhrparkanfrage sagt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** eine schriftliche Beantwortung zu. Ihm ist bekannt, dass die Verwaltungsleitung einen Audi A4, einen Audi A3, einen Renault Zoe sowie den Dienstwagen des Oberbürgermeisters besitzt. Die Dienstwagen sind Kommunalleasingfahrzeuge, außer der Renault Zoe, welcher käuflich erworben wurde. Seiner Kenntnis nach, gibt es keine amtsleiterspezifischen Dienstwagen. Die Ausnahme hierzu befindet sich im Amt 37.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck drückt seine Verwunderung aus, dass das Raumprogramm auf der Tagesordnung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales sein sollte, da dies noch nicht verwaltungsintern besprochen wurde. Die Thematik soll zuerst verwaltungsintern aufbereitet werden, bevor es danach in die politische Runde geht.

Herr Stadtrat Fricke fragt an, ob eine frühzeitige Einbeziehung der Stadträte geplant ist. Ansonsten beantragt die Fraktion der SPD eine Akteneinsicht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass zunächst verwaltungsintern die Thematik aufgearbeitet werden muss. Selbstverständlich wird die Vertretung über den aktuellen Sachstand informiert, wenn die Verständigung intern abgeschlossen ist. Die Vertretung hat das Recht auf Akteneinsicht.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, beschreibt, dass die derzeitigen Kosten zu hoch sind und der Raumbedarf um 50 % gekürzt werden soll. In dem qualifizierten Gutachten sind mehrere Fragen aufgeführt, die zunächst verwaltungsintern geprüft werden müssen. Sie sichert zu, dass die Stadtverwaltung sorgfältig an der Thematik arbeitet und offene Fragen, wie z. Bsp. die Finanzierungsmöglichkeiten, geklärt werden. Des Weiteren führt sie aus, dass der Verwaltung nicht nur das neue Raumkonzept vorliegt, sondern auch eine Stellungnahme der Schulleitung. Die Stellungnahme der Verwaltung wird derzeit erarbeitet.

Herr Stadtrat Fricke möchte wissen, ob der Antrag auf Akteneinsicht an eine bestimmte Form gebunden ist und beantragt gleichzeitig die Akteneinsicht für die Fraktion der SPD.

Herr Stadtrat Schönemann möchte erfahren, wer den Prozess führt, ob es einen Arbeitsplan gibt und ob die Verantwortlichen von Anfang an mit in die Planung einbezogen werden. Es ist wichtig, dass bei einem solchen Projekt eine gewisse Vertrauensbasis besteht. Weiterhin wünscht er sich, dass der Ausschuss regelmäßig über Fortschritte informiert wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck führt die beschlossene Beschlussvorlage zum Abriss der Sporthalle an. An diesem Beschluss erkennt man, dass die Stadtverwal-

tion nicht untätig ist. Ferner informiert er, dass er der Schulleitung ein Gesprächsangebot unterbreitet hat, welches abgelehnt wurde. Weiterhin gibt er bekannt, dass ein Fördermittelantrag für den Abriss der Sporthalle gestellt wurde, welcher zunächst bewilligt werden muss, bevor der Abriss erfolgen kann. Er bittet um Verständnis, dass zunächst verwaltungsintern die Thematik aufgearbeitet wird.

Herr Stadtrat Kellner bezieht sich auf die Anfrage von Herrn Stadtrat Fricke bezüglich der Dienstfahrzeuge der Stadtverwaltung. Er ergänzt, dass eine Überprüfung von Synergien der verschiedenen Eigenbetriebe bzw. der Bedarfsträger für Fahrzeuge schon einmal angeregt wurde. Es sollte zum Beispiel über eine Doppelnutzung anstatt Neuanschaffung nachgedacht werden.

Herr Stadtrat Weber kritisiert die Antwort des Oberbürgermeisters auf die Debatte zur Regenbogenschule. Er erwähnt, dass bereits im letzten Stadtrat ein Mitglied der Fraktion die Akteneinsicht zum damaligen Gutachten beantragt hat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert, dass es ein Angebot zur Akteneinsicht gegeben hat, aber ein konkreter Antrag nicht vorliegt. Die Möglichkeit auf Akteneinsicht besteht immer.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, geht auf eine beschriebene Möglichkeit zur Reduzierung des Raumprogrammes ein. Die Möglichkeit lautet: die Unterbringung der Berufsschulstufe in das Berufsschulzentrum. Das Gutachten kann gern zur Verfügung gestellt werden, doch ohne eine Prüfung der Verwaltung auf die Machbarkeit sowie ohne Stellungnahme der Schulleitung, kann die Vertretung damit nichts anfangen. Die Stadtverwaltung arbeitet daran, dass die Schule, das bekommt was sie benötigt. Die Schulleitung selbst hat eine Reduzierung des Raumbedarfes von 20 % vorgeschlagen. Eine Reduzierung des Raumbedarfes bedeutet nicht, dass Sachen gestrichen werden, sondern lediglich, dass das Konzept geprüft wird und neue Wege beschritten werden müssen.

Ferner geht **Frau Beigeordnete Hachmann** auf die Anfrage von Herrn Stadtrat Kellner bezüglich der Vertretungsregelung im Betriebsausschuss der DeKiTa ein. Sie bedankt sich für den kritischen Hinweis und sagt eine Prüfung des Sachverhaltes zu.

Herr Stadtrat Fricke erläutert, dass er sehr wohl mit dem Gutachten etwas anfangen könnte. Die Reduzierung um 50 % ist momentan die Sicht der Stadtverwaltung, aber darüber entscheiden wird der Stadtrat. Er möchte die Begründung der Schulleitung einsehen, wo die Reduzierung von 20 % begründet wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bittet erneut darum, dass zunächst die Verwaltung interne Absprachen treffen sollte, bevor es in die politische Diskussion geht. Er erläutert weiterhin, dass der Stadtrat zwar darüber entscheidet, aber es danach noch eine Instanz gibt, welche abschließend die Maßnahme bewilligt.

Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, möchte erfahren, wie mit den Einzelfallentscheidungen, bezüglich dem 60/40 Prinzip während der Haushaltssperre, umgegangen werden. Laut einer Aussage von der Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen sollen alle Sachverhalte, die über 60 % hinausgehen, als Anträge auf Einzelfallentscheidung entschieden werden. Er schlägt vor, dass man Sondersitzungen des Haushaltsausschusses zur Entscheidung einberuft.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass manche Positionen nicht von den Kürzungen, aufgrund von rechtlichen Verpflichtungen, betroffen sind. Die 60 % dienen zur Orientierung und damit kann man zunächst arbeiten. Ansonsten müssen Prioritäten gesetzt werden. Herr Dr. Reck ist der Meinung, dass bei kritischen Einzelfallentscheidungen, dies dezernatsspezifisch bzw. in den betreffenden Ausschüssen entschieden werden sollte.

Herr Stadtrat Weber begrüßt die 60/40 Regelung im Hinblick auf die Haushaltssperre. Er möchte erfahren, was in den 60 % durchgeht und was in dem vom Stadtrat beschlossenen Haushalt eingeschränkt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck versteht die Intention, aber die Fachämter werden zeitlich noch nichts priorisieren können. Er kann sich vorstellen, dass man diese Idee durchaus mit einzelnen Themen ausprobieren kann.

Herr Stadtrat Mrosek erhofft sich, dass die gesunde Kost in den Kindertageseinrichtungen sowie das Begrüßungsgeld von der Regelung unberührt bleibt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass ihm Rahmen der Priorisierung die Möglichkeit besteht zu sagen, dass manche Ansätze nicht gekürzt werden sollen. Die angesprochenen Ansätze von Herrn Mrosek könnten im Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung sowie im Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales besprochen werden.

Herr Stadtrat Weber erwähnt, dass die Notwendigkeit der Haushaltssperre nicht losgelöst von der beauftragten Konsolidierung zu sehen ist. Über die geplanten 19 Mio. Euro, welche in die Konsolidierung gebracht werden müssen, sollte die Verwaltung sowie die Fraktionen genaustens nachdenken. Überbrückt man diesen großen Block, könnte die Haushaltssperre irgendwann aufgehoben werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bestätigt, dass die Kredithöhen getilgt und die Abschreibungen im Haushalt beachtet werden müssen. Eine Tilgung ist nur möglich, wenn im Ergebnishaushalt ein liquiditätswirksamer Überschuss erwirtschaftet wurde. Deswegen ist eine Vorplanung der Investitionsentscheidungen mit den dauerhaften Folgeaufwendungen wichtig.

Herr Stadtrat Weber erläutert, dass mit der Haushaltsbeschlussfassung auch eine mittelfristige und langfristige Finanzplanung auf den Weg gebracht wurde. Er weist darauf hin, dass bei allen geplanten Investitionen und Kreditaufnahmen eine Summe

von 200 Mio. Euro aufkommen würde, was einen jährlichen Aufwand von 18 Mio. Euro an Zins- und Tilgungsleistungen bedeutet. Somit müssen 18 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich konsolidiert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bestätigt die Aussage von Herrn Stadtrat Weber und weist darauf hin, dass dies verdeutlicht, warum die Planung der Regenbogenschule wohlüberlegt werden muss. Die derzeitige Ersteinschätzung beläuft sich auf 44 Mio. Euro.

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden keine weiteren Wortmeldungen erhoben.

8 Beschlussfassungen

8.1 Beitritt der kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau zur Kommunale IT-UNION eG (KITU) Vorlage: BV/353/2023/II-11

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.2 Unternehmensangelegenheiten Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Industriefahnen Roßlau GmbH Vorlage: BV/019/2024/II-20BTM

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.3 Erlass einer Allgemeinverfügung zur Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif und Ausgleich von Mindereinnahmen Vorlage: BV/025/2024/III-66

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.4 **Wandlung von Honorarstellen an der Musikschule "Kurt Weill" in Festanstellungen** **Vorlage: FV/026/2023/BÜRGER**

Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, gibt bekannt, dass der Einreicher die Änderungen aus dem gestrigen Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung übernehmen wird. Der Protokollauszug, aus der genannten Sitzung, ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Der zweite Beschlusspunkt der Vorlage wird wie folgt geändert:

„Es wird angestrebt die Honorarstellen in Arbeitsverhältnisse umzuwandeln. Mit dieser Zielstellung wird die Verwaltung beauftragt einen Vorschlag zu erarbeiten, ob und wie dies mit Wirkung ab dem Haushaltsjahr 2025 rechtskonform umgesetzt werden kann.“

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Vorlage in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 07:01:02

Nach dem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

13 **Schließung der Sitzung**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 18:33 Uhr.

Dessau-Roßlau, 11.04.24

Dr. Robert Reck
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

J. von Kloeden
Schriftführer